

# SCHWYZER FREISINN

Wir machen die Schweiz stark!

Am Jahresbot von Suito1833 referierte NZZ-Redaktor Georg Häsler zur aktuellen geopolitischen Lage. Bild: Nathalie Henseler



## «Wir müssen uns vorbereiten»

Georg Häsler zur geopolitischen Lage

Krieg in der Ukraine, das niedergeschlagene Assad-Regime in Syrien, der Krieg in Israel und ein unruhiger Balkan: NZZ-Redaktor und Sicherheitsexperte Georg Häsler referierte am Jahresbot von Suito1833 über die geopolitische Weltlage.

«Der Neo-Imperialismus ist zurück», sagt Georg Häsler in seiner Analyse, «der Westen wird angegriffen. Es ist Zeit, das endlich zu begreifen – Putin führt einen Krieg gegen den Westen und damit auch gegen uns.» Häsler schilderte den Zusammenhang zwischen dem Engagement der USA in Taiwan und dem Aufrüsten Russlands. «China wird bis zirka 2027 seine Armee so weit aufgerüstet haben, dass es sich imstande fühlt, Taiwan anzugreifen. Die USA haben Taiwan den Beistand zugesichert und werden dem Inselstaat zur Seite stehen. Dieses Taiwan-Fenster dürfte Russland ausnützen wollen und dann beispielsweise bei einem der kleinen baltischen Staaten eine Grenzverletzung vollziehen, um die Nato zu testen. Deshalb rüstet Russland kräftig auf», so Häslers Fazit. **Bericht Seite 6**



# Unser Land braucht die FDP

Die liberale, eindeutig bürgerliche Politik

## Liebe Freisinnige

An der Delegiertenversammlung vom 18. Januar hat die FDP aufgezeigt, wie wichtig unsere gradlinige, liberale politische Arbeit ist. Die Schweiz kippt je länger, je mehr nach links. Immer mehr Anspruchsgruppen melden ihre Forderungen an. Inzwischen beteiligen sich auch Teile der SVP am Ringen um Subventionen und rufen nach stets neuen Segnungen des Staats. Deshalb braucht unser Land die liberale, eindeutig bürgerliche Politik der FDP mehr denn je! Wir setzen uns ein für alle, die in diesem Land Verantwortung übernehmen. Verantwortung für das eigene Leben, für die Familie, für den Beruf, für die Gesellschaft.

## Für alle, die den Wecker stellen

Den Begriff «Eigenverantwortung» kennen wir in der Schweiz schon lange. Aber es ist notwendiger denn je, dass wir uns dafür einsetzen. Denn die Koalition der Anspruchsvollen, die immer mehr Bedienung durch den Staat wollen, wächst unaufhörlich. Die FDP steht auf der Seite der Menschen, die bereit sind zu arbeiten, ihre Pflicht zu tun und sich jeden Tag für Beruf, Familie und Gesellschaft einzusetzen. Das heisst, wir kämpfen für das liberale Erfolgsmodell. Denn wir kämpfen für alle Menschen, die den Wecker stellen:

- Berufstätige, die ihrer Arbeit nachgehen und damit Wohlstand schaffen

- Unternehmerinnen und Unternehmer, die investieren und den Nachwuchs ausbilden
- Eltern, die ihr Zusammenleben frei gestalten und Familien- wie Berufsarbeit ohne steuerliche Nachteile wünschen
- Frauen und Männer, die umfassende Sicherheit und krisenfeste Infrastrukturen brauchen
- alle Bürgerinnen und Bürger, die am Erfolgsmodell Schweiz mitwirken und mitbauen

## Realität statt Utopie

In den letzten Jahren haben geopolitische Verwerfungen und Krisen die Welt und die Schweiz erschüttert. Wir werden dramatisch daran erinnert, wie verletzlich unser Land ist. Weder Freiheit, Wohlstand, Sicherheit noch ausreichend Energie sind eine Selbstverständlichkeit. Angesichts dieser Herausforderungen ist es unverständlich, dass manche noch immer lieber über das Gendern, Lärmschutzverordnungen oder die Namen von Strassenschildern diskutieren. Die Schweiz braucht dringend eine Änderung der Prioritäten. Mehr Realitätssinn statt Wunschdenken! Nur so ist es möglich, dass auch unsere Enkelkinder noch in Freiheit und Wohlstand leben.

## Umweltverantwortungsinitiative gleich Verarmungsinitiative

Bestes Beispiel ist die Umweltverantwortungsinitiative der Jungen Grünen: Sie fordert innert 10 Jahren

eine utopische Reduktion des Ressourcenverbrauchs und des Schadstoffausstosses. Um deren Ziele zu erreichen, müssten wir auf 67 Prozent unseres heutigen Konsums verzichten. Allein die Energiepreise müssten massiv angehoben werden. Das bedeutet einen massiven Wohlstandsverlust und weitreichende staatliche Eingriffe in unser Leben und unsere Freiheit sowie diejenige unserer KMU. Die Schweiz würde auf das Niveau von Staaten wie Afghanistan, Haiti oder Madagaskar abgleiten. Übrigens: Die gleichen politischen Kräfte, welche die Umweltverantwortungsinitiative unterstützen, forderten auch industriepolitische Massnahmen für die hiesige Stahlindustrie wegen zu hoher Energiepreise – was für ein Widerspruch. Die Schweiz braucht eine liberale Umweltpolitik, denn nur Staaten mit hohem Wohlstand können dem Umweltschutz hohe Priorität einräumen. Statt eines utopischen Alleingangs sollte die Schweiz deshalb den eingeschlagenen Weg der griffigen, sozial- und wirtschaftsverträglichen Klima- und Umweltpolitik weiterverfolgen. Ich bitte Sie daher um ein NEIN zur Umweltverantwortungsinitiative am 9. Februar.

Ihr Thierry Burkart,  
Präsident FDP.Die Liberalen Schweiz



## Lösungen für den Kanton Schwyz!

Helfen Sie uns mit mehr Sichtbarkeit, um damit mehr Wähleranteile zu gewinnen!

Das kantonsrätliche Jahr war geprägt durch den Start der neuen Legislatur und die damit verbundene neue Zusammensetzung der FDP-Fraktion und des Parlaments.

Leider hat sich die Fraktionsstärke der FDP um einen Sitz auf 19 Mandate verringert. Dies erging auch der Mitte und der GLP so, die SP verlor sogar zwei Sitze. Eingesammelt wurden alle verlorenen Sitze von der SVP-Fraktion, welche mit den fünf zusätzlichen Sitzen neu 38 Mandate zählt. Entsprechend der Fraktionsstärke werden auch die Kommissionssitze verteilt und so konnte die SVP ihren Einfluss merklich vergrössern.

Während sich die FDP-Fraktion konsequent für weniger Bevormundung, wirtschaftliche Lösungen und Wettbewerb einsetzt, scheinen die anderen Fraktionen im Dauerwahlkampf zu sein. Die SP beschäftigt die Verwaltung mit unzähligen, chancenlosen Vorstössen, die mehr Staat und mehr Umverteilung fordern. Die SVP setzt auf die Lieblingsthemen ihrer Wähler und poltert bei jeder Gelegenheit gegen das Ausschaffungszentrum Buosingen in der Gemeinde Arth und bekämpft den Wolf auf kantonaler Ebene, obwohl der Bund dafür zuständig ist.

Die Politiker mit wirtschaftsliberalem Kompass beschränken sich fast ausschliesslich noch auf die FDP-Fraktion, was sehr bedauerlich ist, zumal wir mit 19 Sitzen auf die Zusammenarbeit mit den anderen Fraktionen angewiesen sind. So haben wir im letzten Jahr endlich wieder einmal die Unterstützung der SVP-Fraktion für die Senkung des Steuerfusses der natürlichen Personen

bekommen – und das nach jahrelangen Absagen seitens der SVP! Das ist ein guter Schritt in die richtige Richtung, um das rekordhohe Eigenkapital endlich abzubauen. Dazu haben wir bereits verschiedene Massnahmen vorgeschlagen, bekamen im Rat aber keine Unterstützung. Unser stetiges Ermahnen an die eingezogenen Steuern auf Vorrat hat mit der Steuerfussenkung doch noch Wirkung gezeigt. Genauso hartnäckig werden wir uns für Steuererleichterungen des Gewerbes einsetzen.

Unseren Regierungsrat, Damian Meier, konnten wir bei Vorlagen zur Spitalstrategie oder Spitalfinanzierung unterstützen. Unsere Regierungsrätin Petra Steimen-Rickenbach unterstützten wir in Sachen Ausschaffungszentrum Buosingen und bei der Ansiedlung eines Forschungs- und Entwicklungszentrums CSEM auf dem Zeughausareal in Schwyz. Davon erhoffen wir uns Impulse und Innovationen für unsere Schwyzer KMU.

Oftmals fällt der FDP-Fraktion die Rolle der Lösungsfinder und der Mehrheitsbeschaffer zu. So geschehen bei der Revision des Energiegesetzes, welches die Förderung der Tiefengeothermie als erneuerbare Energiequelle ermöglicht, oder bei der Wolf-Initiative der SVP, wo wir eine Lösung auf Gesetzesstufe finden konnten anstelle einer Volksabstimmung über einen Verfassungsartikel.

«Beim Stimmvolk im Kanton Schwyz zählt das laute Poltern scheinbar mehr als die Lösungsfindung und das Weiterkommen.»

Diese wichtigen Beiträge helfen unserem Kanton und unserem Politbetrieb, werden aber von den Wählern nicht erkannt. Beim Stimmvolk im Kanton Schwyz zählt das laute Poltern scheinbar mehr als die Lösungsfindung und das Weiterkommen. Helfen Sie uns mit mehr Sichtbarkeit, um damit mehr Wähleranteile zu gewinnen!

**Urs Rhyner, Präsident FDP Schwyz**



## Ein Plädoyer für die Freiheit

Schlusswort von Nathalie Henseler

Wenn Guillaume-Henri Dufour eine Zeitreise ins Heute machen würde – wäre er stolz auf uns? Oder würde er sich die Haare raufen? Ein Gedankenexperiment.

Dufour war ein Brückenbauer. Ein Liberaler, der dem Bundesstaat zu einer verbindenden Identität verhalf, der die bewaffnete Neutralität als Kitt einer liberalen Willensnation begriff. Heute geschieht aber gerade das Gegenteil: Gewisse politische Kräfte betreiben gezielt eine gesellschaftliche Spaltung, um die eigenen Machtansprüche durchzusetzen.

### Divide et impera

Teile und herrsche – diese Redewendung umschreibt, wie man ein Volk beherrscht: Man spaltet es in Untergruppen, damit sich diese bekämpfen. Das macht den Weg frei für die herrschende Gruppe, die sich in ihrem Ziel einig ist.

Spätestens seit der Corona-Pandemie und seit dem Ausbruch des Ukraine-Kriegs sind solche Spalttendenzen in unserer Gesellschaft spürbar. Wo früher ein pragmatischer Konsens über die gesellschaftliche Verantwortung in Krisenzeiten herrschte, fühlen sich die einen schon in ihrer Freiheit eingeschränkt, wenn sie ihr Auto im dafür vorgesehenen Parkfeld parkieren müssen.

Wie konnte es nur so weit kommen?

### Absurda comica

Andreas Gryphius' Schimpf-Komödie über die grossmaulige und unwissende Handwerkerszunft darf heute getrost auf Akademiker übertragen werden: Während in der Ukraine täglich unschuldige Zivilisten – Frauen, Kinder und Alte – durch völkerrechts-

widrige Bombenangriffe der russischen Armee in ihren eigenen Wohnungen grausam sterben, propagiert die akademische Elite am rechten Politrand, dass wir als neutraler Staat nicht zwischen den Kriegsparteien unterscheiden dürfen. Ganz egal, ob dabei ein Staat von einem anderen überfallen worden ist. Denn Putin werde ja bloss vom bösen Westen falsch verstanden, schreibt alt Nationalrat Roger Köppel in seiner «Weltwoche».

### Moskau – einfach!

Dieser böse Westen, das sind wir. Dieser Westen mit seiner Redefreiheit, dank der Köppel den neo-imperialistischen Autokraten überhaupt öffentlich anbeten kann, ohne als Landesverräter angeklagt zu werden.

Es ist noch nicht lange her, als die Bürgerlichen alle Kommunisten und Sozialdemokraten mit dem Schlachtruf «Moskau – einfach!» im Parlament in Bern beschimpften. Heute sind es ausgerechnet die selbsternannten Gralhüter dieser bürgerlichen Schweiz, die SVP, die offenbar lieber heute als morgen einen Russischkurs besuchen wollen.

Wie konnte es nur so weit kommen?

### Sapere aude!

Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen! Immanuel Kant wäre wohl ratlos, wie sein liberales Leitmotiv heute pervertiert wird – unter dem Deckmantel der liberalen Redefreiheit ist salonfähig geworden, was uns Anstand und Staatsverständnis bisher auszusprechen verboten haben.

Zu nahe noch lagen die Gräueltaten des Zweiten Weltkriegs zeitlich an unserer Kindheit. Unsere Grossväter wurden in den Aktivdienst für die Bewachung der Grenzen eingezogen und die Grossmütter mussten zu Hause alleine die Familien über die Runden bringen. Lebensmittel waren rationiert, aber ja – wenigstens war man am Leben. Nie wieder! Da waren sich bis vor Kurzem alle einig.

### Si vis pacem, para bellum!

Denn wer den Frieden will, bereite sich auf den Krieg vor. Aufrüstung, Abschreckung und eine starke geistige Landesverteidigung waren für die Schweiz damals zentral. Eine glasklare Sache für alle, die im Kalten Krieg in der Armee Dienst geleistet haben und auch für den grössten Teil der damaligen Bevölkerung. Heute wird öffentlich von links wie von rechts als Kriegstreiber beschimpft, wer für eine starke Armee einsteht.

Wie konnte es nur so weit kommen?

In einer liberalen – in unserer – Welt steht das Individuum mit seinen Freiheiten im Mittelpunkt. Die eigene Freiheit hört da auf, wo die Freiheit des anderen beginnt. Diese Maxime war Dufours Kompass: Als General der Bundestruppen siegte er 1847 über die katholischen Sonderbündler im letzten Bürgerkrieg, den die Schweiz erlebte. Er wies seine Offiziere an, den Unterlegenen mit dem grösstmöglichen persönlichen Respekt zu begegnen. Damit sich diese nicht minderwertig fühlten und damit das Feld offenblieb, um eine geeinte Nation entstehen zu lassen, die Freiraum für Andersgläubige lässt und die Menschlichkeit über die kriegerische Niederlage siegen lässt.

### Das ist der Geist von 1848

Es ist Zeit für diesen Geist, für unsere Werte, die uns im liberalen Westen, in der Schweiz, verbinden. Wir lassen uns nicht vorschreiben, wie wir unsere auf humanistischer Grundordnung basierende, Freiheit zu verstehen haben: weder von grünen Gesundheitsbetern noch von amerikanischen Milliardären oder russischen Kleptokraten. Es ist unsere Aufgabe, uns diesem Neo-Imperialismus entschieden entgegenzustellen und an der Seite unserer westlichen Gleichgesinnten für die Freiheit einzustehen. So, wie es in der Kuppelhalle des Bundeshauses geschrieben steht: Unus pro omnibus – omnes pro uno. Einer für alle – alle für einen.

Denn wir sind nicht neutral, wenn es um unsere Freiheit geht – wir stehen klar auf der Seite der Freiheit. Sie ist unser Wille und Kompass.

**Mit diesem Text verabschiedet sich Nathalie Henseler (Rickenbach) nach sieben Jahren als «Freisinn»-Verantwortliche und übergibt den Stab an Nico Lalli (Brunnen).**

# AGENDA

**Sonntag, 9. Februar 2025**

Abstimmungssonntag

**Montag, 10. Februar 2025**

Ortsparteipräsidentenkonferenz

**Donnerstag, 27. März 2025**

General- und Delegiertenversammlung  
FDP Kanton Schwyz

**Bitte beachten Sie:** Allfällige Terminanpassungen werden auf unserer Website unter [www.fdp-sz.ch/aktuell/agenda](http://www.fdp-sz.ch/aktuell/agenda) aufgeführt. Weitere Veranstaltungshinweise finden Sie auf den Websites der Ortsparteien. Aktuelles entnehmen Sie der Website: [www.fdp-sz.ch](http://www.fdp-sz.ch).

## Schulen, Steuern und ein liberaler Lichtblick

Das Schwyzer Politjahr 2025

Nach einer halbjährigen «Eingewöhnungsphase» zum Start der neuen Legislatur 2024–2028 beginnt nun das politische Jahr 2025. Auf kantonaler Ebene erwartet uns dabei eine breite Palette an Vorlagen.

Zwei Themen stehen für das Jahr 2025 im Kanton Schwyz besonders hervor: die Stärkung unseres Bildungssystems und eine attraktive Steuerpolitik. Es geht dabei nicht nur um Zahlen und Paragraphen, sondern um grundlegende Fragen: Wie schaffen wir bessere Perspektiven für alle? Wie gestalten wir Rahmenbedingungen, die Freiräume ermöglichen?

### Weniger Formulare, mehr Unterricht

Bildung ist die Grundlage für eine freie und selbstbestimmte Gesellschaft. Doch aktuell stehen wir vor grossen Herausforderungen: Lehrermangel, überbordende Bürokratie und ein träges System, in dem der Erziehungsrat wie ein Bremsklotz wirkt. Im Frühjahr 2025 behandelt der Kantonsrat das Massnahmenpaket zur Eindämmung des Lehrpersonenmangels sowie die Bildungsstrategie 2032.

Unser Ziel ist klar: Wir wollen, dass Lehrpersonen sich auf das konzentrieren können, was wirklich zählt – den Unterricht mit den Kindern und Jugendlichen. Das bedeutet, dass der aktuelle Verwaltungsballast für Lehrpersonen drastisch reduziert wird. Die Entwicklungen in unseren Nachbarkantonen verlangen auch, dass wir konkurrenzfähige Löhne bieten, damit der Lehrerberuf auch für junge Menschen und Quereinsteiger interessant bleibt. Doch das allein reicht nicht. Um das Schwyzer Bildungswesen langfristig auf hohem Niveau

zu halten, brauchen wir eine Führungsstruktur, die klare Verantwortlichkeit schafft und Effizienz fördert. Die Abschaffung des Erziehungsrates wäre ein wichtiger Schritt in diese Richtung.

### Steuerreform: Chancen packen

Wenn die Bevölkerung unter der Last steigender Lebenshaltungskosten ächzt, wenn Leistung durch die kalte Progression entwertet wird, dann gilt es, die Steuerregeln zu korrigieren. Eine Chance dazu bietet sich mit der Teilrevision des Steuergesetzes, über die bereits medial breit berichtet wurde. Die Entscheidung des Kantons, die Vernehmlassung gleichzeitig mit den Budget- und Steuerfussdebatten der Gemeinden anzusetzen, hat zu berechtigter Kritik geführt.

Trotzdem sollten wir das Hauptziel dieser Vorlage nicht aus den Augen verlieren: die Steuerattraktivität des Kantons zu verbessern. Im Zuge dessen fordert die FDP, dass auch das Schwyzer Gewerbe endlich wieder eine Entlastung erfährt. Ein erster Schritt dazu ist ein Steuerrabatt für Betriebe, die erfolgreich Lehrlinge ausbilden. Denn damit geben sie jungen Leuten im Kanton Schwyz eine berufliche Perspektive und tragen zur Ausbildung der zukünftigen Fachkräfte bei.

### Der Präsident im Anmarsch

Persönlich freue ich mich speziell auf die Kantonsratssession im Juni 2025. Dann nämlich dürfte

«Bildung ist die Grundlage für eine freie und selbstbestimmte Gesellschaft.»

unser langjähriger Fraktionskollege und aktueller Kantonsrats-Vizepräsident Dominik Zehnder (Bäch) zum Kantonsratspräsidenten gewählt werden. Eine besondere Ehre und eine anspruchsvolle Aufgabe. Wir dürfen uns darauf freuen, dass wieder ein Liberaler ein Jahr lang als höchster Schwyzer dient.

Auch blicke ich mit Freude auf die weitere Zusammenarbeit in unserer Fraktion. Die Stimmung ist angenehm, der Austausch konstruktiv. Keine Selbstverständlichkeit, wenn man sieht, wie es in den anderen Fraktionen teils zugeht. Inhaltliche Differenzen, die gelegentlich vorkommen, werden bei uns intern geklärt und sachlich nach aussen vertreten. Diesen Kurs sollten wir beibehalten. Denn am Ende geht es nicht um persönliche Meinungen, sondern um den gemeinsamen Erfolg.

**Sepp Marty (Unteriberg), Fraktionschef**

Bild: Nathalie Henseler



## «Weltunordnung»

Georg Häsler spricht am Jahresbot von Suito1833

Zum heurigen Jahresbot von Suito1833 trafen sich am 10. Januar über 50 Mitglieder im neu erstellten Fussballstadion Luterbach in Küssnacht. Höhepunkt des Abends war das Referat des NZZ-Redaktors und Sicherheitsexperten Georg Häsler.

Als Einstieg gab es am späteren Nachmittag für die Interessierten eine Führung durch das neue Luterbach-Stadion mit Parkhaus, das im September 2023 neu eröffnet wurde. Im Gastrobereich des oberen Stocks trafen sich die Suito-Mitglieder im Anschluss zum Jahresbot mit Generalversammlung. Dabei wurde der Küssnachter Sägerei-Unternehmer Ernest Schilliger, Geschäftsführer der Schilliger Holz AG in Haltikon, mit dem Innovationspreis ausgezeichnet. Mit dem Preis würdigte Suito1833 die Schaffung des innovativen neuen Ligatherm-Werks, wo mit Investitionen in dreistelliger Millionenhöhe aus Holzabfällen der Schilliger Holz AG Dämmplatten hergestellt werden.

Im Anschluss an die GV referierte der Berner NZZ-Redaktor, Oberst im Generalstab und Sicherheitsexperte Georg Häsler zur aktuellen geopolitischen Lage. «Wir befinden uns in einer Weltunordnung», konstatierte er. Das äusserst interessante Referat begeisterte die Anwesenden und regte zu Diskussionen an. «Wir müssen die Schweiz wieder verteidigungsfähig machen, damit wir eine Dissuasion – also eine abschreckende Wirkung – aufbauen können», war sein Fazit.

**Nathalie Henseler,**  
Freisinn-Verantwortliche

Kolumne

## Wokeness: Nur Nein sagen reicht nicht



Nach Jahren der kulturellen Vorherrschaft scheint die Wokeness ihren Zenit überschritten zu haben. Die Bewegung durchlief eine fast napoleonische Dramaturgie. Mit durchaus guten Absichten gestartet – als Underdog jeden Kulturkampf gewonnen – durch die schiere Anzahl der Siege vollends dem Grössenwahnsinn verfallen – den absoluten Herrschafts- und Wahrheitsanspruch so weit getrieben, dass Widerstand aufkeimt – Waterloo.

Die Frage ist: Was wird das Vakuum füllen, das die Wokeness hinterlässt? Droht eine nicht weniger radikale Gegenrevolution? Oder eine Art Metternische Restoration, der aber, wie einst die republikanischen Errungenschaften, nun Errungenschaften des Minderheitenschutzes und der Gleichstellung zum Opfer fallen?

Ich habe nichts dagegen, wenn wir uns nun an der Rückabwicklung der Verirrungen der Bewegung beteiligen. Ich bezweifle aber, dass es uns langfristig politisch viel nützt. Die grössten Profiteure dürften kurzfristig jene sein, die sich viel früher und viel entschiedener gegen woke Gesellschaftsentwürfe positioniert haben. Aber langfristig bietet sich jetzt eine Chance.

Ich glaube, es reicht nicht, nur Nein zur Wokeness zu sagen. Wir müssen uns dem Wettbewerb der Ideen selbstbewusst stellen und für unser eigenes Menschen- und Gesellschaftsbild einstehen. Neu erfinden müssen wir uns dafür nicht. Der Liberalismus trägt es bereits in sich: Was du tust, macht dich zu dem, was du bist.

Darum stehen wir dafür, dass Leistung sich lohnt, dass vor dem Gesetz alle gleich sind und dass die Zivilgesellschaft das Rückgrat unseres Landes ist.

**Fabian Ab Yberg,**  
Präsident Jungfreisinnige Kanton Schwyz

# Voller Einsatz für die Schweiz

## 2024 in drei Bildern

### Richtungsweisende Entscheide der Delegierten:



Die FDP-Delegierten haben 2024 Positionspapiere zur Rettung der Volksschulen und zur Bekämpfung der illegalen Migration verabschiedet. Beide Papiere führten zu schweizweiten Debatten. Die FDP bleibt mit konkreten Lösungsansätzen an diesen wichtigen Themen dran.

### Linke Kostenbombe gebodigt:



Unter der Führung der FDP konnte die sogenannte Prämieninitiative von SP und Gewerkschaften bekämpft und gebodigt werden. Diese linke Kostenbombe hätte zu jährlichen Zusatzkosten von 1500 Franken pro Haushalt geführt.

### Erfolgreiche Wahlen:



Die FDP konnte 2024 in verschiedenen Gemeinden und Kantonen zulegen. Vor allem in der zweiten Jahreshälfte durften verschiedene Sektionen einen Vertrauensbeweis für ihre bürgerlich-liberale Politik entgegennehmen.

# Die Heuchelei von Imark und den Linken

## Sessionsrückblick

Am Ende kann man es nennen, wie man will. Subventionen bleiben Subventionen und Industriepolitik bleibt Industriepolitik. Mit den Subventionen für die Stahlwerke sägt das Schweizer Parlament am Ast, auf dem es sitzt und seinen Wohlstand aufgebaut hat. Die Schweiz braucht gute Rahmenbedingungen und keine Industriepolitik. Unter dem tosenden Beifall der Gewerkschaften hat sich eine schamlose Koalition der Willigen unter der Führung von SVP-Nationalrat Imark durchgesetzt. Unter dem Deckmantel des Umweltschutzes wird eine Branche unterstützt, die unter einem Überangebot leidet. Warum gerade diesen Unternehmen unter die Arme gegriffen wird, bleibt ein Rätsel.

Klar ist aber, dass die hohen Energiepreise ein Problem sind. Hier muss die Schweiz für die Versäumnisse der letzten Jahre büßen. Die

Schweiz braucht eine Stromoffensive und keinen Subventionswettlauf. Der Wohlstand und die starke Industrie der Schweiz basieren auf verfügbarer und günstiger Energie. Die Mehrheit dieses Parlaments hat in den letzten Jahren mit einer verfehlten Energiepolitik zu dieser Misere beigetragen. Grüne und Linke verhalten sich geradezu schizophoren. Einerseits unterstützen sie die Umweltverantwortungsinitiative, die im Februar zur Abstimmung kommt. Diese Initiative will den Verbrauch in der Schweiz um 70 (sic!) Prozent senken und Energie massiv verteuern. Und praktisch im gleichen Atemzug unterstützen sie die grössten Emittenten mit Millionenbeträgen.

Christian Wasserfallen nutzte die Metapher, dass die Linken den Patienten ins Spital prügeln, um ihn dann auf der Intensivstation wiederzubeleben. Ich nenne ein solches Verhalten heuchlerisch.



Christian Steiner, Fraktionssekretär

# Nein zur Verarmungsinitiative

Eine Mogelpackung namens «Umweltverantwortungsinitiative»

Die Grünen wollen die Schweiz mit einer Volksinitiative zurück in die Steinzeit katapultieren. Für die Umsetzung ihrer Utopie des Ökosozialismus nehmen sie in Kauf, dass die Schweiz verarmen würde. Bei solchem Unsinn macht die FDP nicht mit. Deshalb haben wir die Führung der bürgerlichen Allianz gegen die Verarmungsinitiative übernommen.



Die Schweiz müsste so arm sein wie diese Länder:

**Afghanistan, Angola, Bangladesh, Burundi, RD Congo, Érythrée, Haïti, Madagascar, Malawi, Mozambique, Népal, Pakistan, Tadjikistan, Rwanda, Timor-Leste**

Am 9. Februar stimmt die Stimmbevölkerung über die sogenannte Umweltverantwortungsinitiative (siehe Infobox) der Jungen Grünen ab. Eine Annahme der Initiative hätte einen massiven Wohlstandsverlust und weitreichende staatliche Eingriffe auf Gesellschaft und Unternehmen zur Folge. Bund und Kantone müssten zu rigorosen Regulierungen und massiven Lenkungsmassnahmen greifen, um die Reduktion innert der gesetzten Frist von 10 Jahren zu erreichen. Betroffen wären insbesondere die Bereiche Mobilität, Ernährung und Wohnen. Global gesehen wäre die Wirkung der Initiative minimal. Der massive Wohlstandsverlust wäre nicht mehr als ein Tropfen auf den heissen Stein. Statt des utopischen Alleingangs sollte der eingeschlagene Weg der internationalen Zusammenarbeit weiterverfolgt und ausgebaut werden.

«Für die Umsetzung ihrer Utopie des Ökosozialismus nehmen sie in Kauf, dass die Schweiz verarmen würde.»

### Wohlstandsniveau eines Entwicklungslandes droht

Aktuell haben 15 Länder einen planetaren Fussabdruck von unter einer Erde und erfüllen somit die Anforderungen der Initiative. Darunter findet man Länder wie Afghanistan, Haïti und Madagaskar. Diese Länder haben nicht eine effiziente Ressourcennutzung, sondern ein extrem tiefes Wohlstandsniveau aufgrund schwieriger politischer und wirtschaftlicher Umstände, unter denen die Bevölkerung leidet. Die Wirtschaftsleistung dieser Länder ist durchschnittlich 80-mal kleiner als diejenige der Schweiz, und trotzdem ist der ökologische Fussabdruck in der Schweiz nur rund 5-mal grösser als in den oben genannten Ländern (siehe Grafik oben).

## Die Initiative trifft alle – und kommt einer sozialpolitischen Bombe gleich

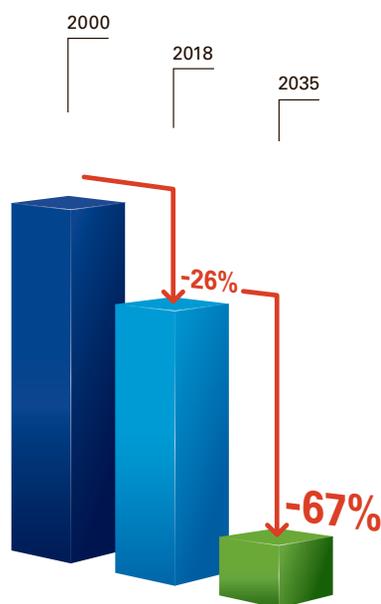
Die Initianten sprechen davon, dass «Profitkonzerne jetzt Verantwortung übernehmen und ihren finanziellen Beitrag für den Wandel der Wirtschaft und Gesellschaft leisten müssen». Sie verschweigen aber gerne, dass die Auswirkungen der Initiative die Ärmsten am meisten treffen. Zum einen explodieren die Preise für Heizung, Benzin und Grundnahrungsmittel, zum anderen müssten staatliche Leistungen radikal gekürzt werden, weil dem Staat die Steuereinnahmen fehlen und er in die Transformation der Infrastruktur investieren müsste. Dies bekräftigte auch Babette Sigg Frank (Konsumentenforum) an der überparteilichen Medienkonferenz am 16. Dezember: «Die Initiative ist ein absoluter Kaufkraftkiller: Explodierende Preise und leere Regale wären die Folge.»

## Konsumverzichte und staatliche Eingriffe

Die Forderung der Initiative, dass die Schweiz innerhalb von 10 Jahren ihre Umweltbelastung gesamthaft um rund 67% reduzieren muss, kann nur mit Konsumverzicht und Staatsmassnahmen erreicht werden (siehe Grafik: Radikaler Zeitplan unten).

### Radikaler Zeitplan

Gesamtumweltbelastung



In den letzten 18 Jahren wurde die Gesamtumweltbelastung um 26 Prozent gesenkt. Mit dem Öko-Diktat soll er innert 10 Jahren um 67 Prozent gesenkt werden. Das ist utopisch.

Quelle: Treeze GmbH & EBP Schweiz AG. (2022). Umwelt-Fussabdrücke der Schweiz: Entwicklung zwischen 2000 und 2018. Im Auftrag des Bundesamtes für Umwelt (BAFU)

Der Footprint-Rechner von WWF zeigt auf, mit welchen Massnahmen ein Fussabdruck von 1 oder darunter erreichbar wäre: Verzicht auf tierische Produkte wie Käse, Milch, Eier oder

«Wir wollen selber entscheiden, wann wir wohin reisen oder was wir essen.»

Fleisch. Verzicht auf Autofahren und Fliegen, der öffentliche Verkehr wäre nur noch situativ möglich, mit der Konsequenz, dass man sich nur noch mit dem Velo oder zu Fuss fortbewegen kann. Weiter dürfte man nicht mehr als 20 Franken pro Monat für Bekleidung und nicht mehr als 50 Franken pro Monat für die Freizeit ausgeben. Zudem bräuchte es Zwangssanierungen von Gebäuden, vorgegebene Raumtemperaturen, Verzicht auf «unnötige» Geräte wie Tumbler oder einen zusätzlichen Gefrierschrank.

Der Konsum ist nicht einfach nur Konsum, sondern auch ein Stück Freiheit für mündige Bürger und Bürgerinnen: Wir wollen selber entscheiden, wann wir wohin reisen, was wir essen oder welche Freizeitaktivitäten wir pflegen. Das soll uns keine ideologische Partei mit einer verfehlten Volksinitiative vorschreiben.

## Die Schweiz ist auf gutem Weg

Die Initiative ist nicht nur unrealistisch, sondern auch unnötig. Die mit der Umweltverantwortung verbundenen Grundsätze sind bereits in unserer Verfassung verankert. So ist die Schweiz in Artikel 73 in der Bundesverfassung verpflichtet, «ein auf Dauer ausgewogenes Verhältnis zwischen der Natur und ihrer Erneuerungsfähigkeit einerseits und ihrer Beanspruchung durch den Menschen andererseits» anzustreben.

Am 9. Februar stimmt die Schweizer Stimmbevölkerung über die sogenannte Umweltverantwortungsinitiative (Volksinitiative «Für eine verantwortungsvolle Wirtschaft innerhalb der planetaren Grenzen») ab.

Diese wurde von den Jungen Grünen eingereicht und wird von linken Parteien und Umweltverbänden unterstützt. Bundesrat, Nationalrat und Ständerat lehnen die extreme Initiative ohne Gegenvorschlag ab.

Die Initiative fordert eine drastische Reduktion des Ressourcenverbrauchs und des Schadstoffausstosses innert 10 Jahren. Die Schweiz soll bis 2035 die planetaren Grenzen nicht mehr überschreiten. Das bedeutet, dass die Schweizer Bevölkerung ihren ökologischen Fussabdruck so weit reduzieren muss, dass alle Menschen auf der Welt gleich viele Ressourcen verbrauchen könnten, ohne den Planeten überzubeanspruchen.

Wir sind auf einem guten Weg: Der Schweiz ist es gelungen, das Wirtschaftswachstum vom Ressourcenverbrauch zu entkoppeln.

Die Schweiz hat ihre industrielle Wertschöpfung seit 1990 mehr als verdoppelt und dabei die Emissionen um fast die Hälfte gesenkt. Durch Fortschritt und Innovation werden wir immer näher an die planetaren Grenzen rücken. Diese Entwicklung lässt sich aber nicht in wenigen Jahren erzwingen, ohne erhebliche Rückschritte in Kauf zu nehmen.

Die Initiative gefährdet das Wohlergehen der hoch innovativen Schweiz, die zur Bekämpfung des Klimawandels beiträgt. Um wirksame Massnahmen gegen den Klimawandel voranzutreiben, sind innovative Unternehmen und internationale Abstimmungen die beste Lösung.



**Nadine Racine,**  
Campaignerin

# Die Umweltpolitiker der FDP sagen Nein

zur schädlichen Verarmungsinitiative



**Christian Wasserfallen,**  
Nationalrat aus dem  
Kanton Bern und  
Mitglied der Kommission  
für Umwelt, Raumplanung  
und Energie

«Die Verarmungsinitiative will die Schweiz innerhalb von 10 Jahren zu einem Entwicklungsland degradieren. Unsere Wirtschaft würde auf den Stand von Ländern wie Haiti oder Angola schrumpfen. Wohlstand und soziale Errungenschaften sind damit in akuter Gefahr. Ökosozialismus und Konsumverbote will niemand.»



**Thierry Burkart,**  
Ständerat aus dem  
Kanton Aargau und  
Mitglied der Kommission  
für Umwelt, Raumplanung  
und Energie

«Eine Annahme dieser Initiative hätte einen massiven Wohlstandsverlust und weitreichende staatliche Eingriffe in unser Leben und unsere Freiheit sowie diejenige unserer KMU zur Folge. Staaten wie Afghanistan, Haiti oder Madagaskar erfüllen die Anforderungen der Initiative. Wollen wir dieses Niveau für die Schweiz? Nein, denn nur Staaten mit hohem Wohlstand können dem Umweltschutz hohe Priorität einräumen. Statt eines utopischen Alleingangs sollte die Schweiz den eingeschlagenen Weg der griffigen, sozial- und wirtschaftsverträglichen Klima- und Umweltpolitik weiterverfolgen.»



**Susanne Vincenz-Stauffacher,**  
Nationalrätin aus dem  
Kanton St. Gallen und  
Mitglied der Kommission  
für Umwelt, Raumplanung  
und Energie

«Selbstverständlich ist mit Ressourcen schonend umzugehen. Ein Blick auf die Welt zeigt aber, dass ein tiefer Ressourcenverbrauch nicht ein Zeichen von Nachhaltigkeit, sondern eines von Armut ist. Die wenigen Länder, welche die Initiative erfüllen, sind keine Vorreiter der Nachhaltigkeit. Die Menschen dort leben vielmehr aus purer Not innerhalb dieser Grenzen. Dies kann für uns kein Ziel sein. Mit Innovation und Fortschritt werden wir aber den eingeschlagenen Weg zu mehr Effizienz fortsetzen.»



**Damian Müller,**  
Ständerat aus dem  
Kanton Luzern und  
Mitglied der Kommission  
für Umwelt, Raumplanung  
und Energie

«Die Umweltverantwortungsinitiative stellt eine Bedrohung für die Schweiz dar. Mit drastischen Konsumreduktionen von 67 Prozent fordert sie ein unrealistisches Mass an Einschnitten, das Unternehmen zu tiefgreifenden Umstellungen zwingt. Branchen wie Mobilität, Ernährung und Wohnen würden durch Verbote und extreme Kostensteigerungen nahezu lahmgelegt. Das bedeutet weniger Innovation, Arbeitsplatzverluste und eine geringere Wettbewerbsfähigkeit.»

**Hilf mit  
das Öko-Diktat  
zu stoppen!**

[nein-zur-verarmungsinitiative.ch](http://nein-zur-verarmungsinitiative.ch)



# Für alle, die den Wecker stellen

Delegiertenversammlung der FDP Schweiz

Nicht die gewählten Politikerinnen, nicht die Politiker und nicht einmal die liberalen Delegierten standen an der neusten Delegiertenversammlung der FDP Schweiz im Zentrum. Sondern die Bürgerinnen und Bürger.

Für wen machen wir eigentlich Politik? Parteipräsident Thierry Burkart begeisterte die Delegierten mit einer Rede, in der er eine liberale Wende für die Schweiz aufzeigte: mehr FDP statt immer mehr Staat.

**In fünf Filmporträts stellten sich beispielhaft jene Bürgerinnen und Bürger vor, deren Anliegen, Hoffnungen und Sorgen all unser politisches Handeln leiten. Sie finden die Videos unter dem hier abgedruckten QR-Code.**

In zehn Kurzreferaten von nationalen Politikerinnen und Politikern wurde zudem aufgezeigt, wie wichtig liberale Politik für die Schweiz ist. Sie alle machten klar:

**Die FDP kämpft für alle, die den Wecker stellen. Denn wer am Morgen früh aufsteht, soll am Abend mehr auf dem Konto haben.**



Hier geht's zu den Filmporträts.



**Nicole Sejk, Stabsmitarbeiterin Schweizer Armee**

Ich stehe jeden Morgen auf, um einen Beitrag zur Sicherheit der Schweiz zu leisten. In der Silvesternacht war ich mit einer Freundin im völlig überfüllten Zug, wir waren die einzigen Frauen unter lauter betrunkenen Männern. Zum ersten Mal fühlte ich mich richtig unwohl im öffentlichen Verkehr – trotz meiner militärischen Ausbildung. Soll man in solch einer Situation aussteigen oder den ÖV gar nicht mehr nutzen? Es ist eine Tatsache, dass sich das Sicherheitsgefühl in den Zügen und an den Bahnhöfen deutlich verschlechtert hat.



**Patrick Mathis, Sanitär-Installateur**

Ich stehe jeden Morgen früh auf, weil die Arbeit um 7 Uhr beginnt. Als Installateur ist das Auto meine zweite Stube. Da ist der Stau ein echtes Problem: Am Morgen, wenn ich pünktlich im Geschäft sein sollte – oder am Abend, wenn ich nach Hause fahre zu meiner Familie. Mir fällt weiter auf: Bei meinen Eltern hat ein Einkommen gereicht. Und bei uns jetzt: chancenlos. Mir liegt am Herzen, dass man auch mit einer Berufslehre in der Schweiz ein gutes Leben führen kann.



**Matia Demarmels, Kommunikationschef**



**Patrizia Toff,  
selbstständige Treuhänderin**

Ich stehe am Morgen um 4.30 Uhr auf. Dann plane ich meinen Tag, bereite alles vor und bin ready, wenn die Kinder aufstehen. Für mich wäre es nie infrage gekommen, meinen Beruf aufzugeben. Ich liebe meinen Beruf. Ich brenne für meinen Beruf – neben meiner Tätigkeit als Mutter. Manchmal ist es herausfordernd, alles unter einen Hut zu bringen und allem plus/minus gerecht zu werden.



**Giancarlo Weingart,  
CEO GRIBAG AG**

Ich stehe jeden Morgen auf, weil ich meine Verantwortung gegenüber den Mitarbeitern, den Aktionären und der Gesellschaft wahrnehmen will. Leider ist es extrem schwierig für uns, Fachkräfte zu finden. Und mit Fachkräften meine ich explizit keine Ingenieure oder Abgänger irgendeiner Hochschule! Ich meine junge, motivierte Leute, die Verantwortung übernehmen und in ihrem Beruf einen super Job machen.



**Aurelie Regamey-Siegenthaler,  
Landwirtin aus Savigny VD**

Ich stehe jeden Morgen sehr früh auf, damit Sie Ihren Milchkaffee trinken können. Ich finde, dass sich zwischen Stadt und Land leider ein Graben aufgetan hat. Wir Bauern sind etwas demoralisiert. Wir krampfen, wir engagieren uns von früh bis spät – ohne viel Anerkennung zu erhalten. Und die Bürokratie hat stark zugenommen. Immer wieder kommen neue Kontrollen und Vorschriften dazu. Immer mehr Daten sollen erfasst werden. Das verschlingt in der Landwirtschaft enorme Ressourcen.

**Wir präsentieren: Der FDP-Wecker**

Er ist schon heute gestellt auf die Wahlen 2027. Dann entscheidet sich, ob die Schweiz vollends zum linken Umverteilungsstaat wird – oder ob wir das liberale Erfolgsmodell bewahren.

Kämpfen wir gemeinsam dafür, in den Gemeinden, in den Kantonen und bei den eidgenössischen Wahlen 2027!

Man kann den FDP-Wecker nicht kaufen, nur verschenken:

An Mitglieder der FDP, die sich besonders für einen Politikwechsel zugunsten der Bürgerinnen und Bürger engagieren.

Sie können jeden Parteifreund dafür empfehlen mit einer kurzen Begründung, wieso er den Wecker verdient: [wecker@fdp.ch](mailto:wecker@fdp.ch)



Bild: iStock



Die Verhandlungen über die neuen bilateralen Verträge zwischen der Schweiz und der Europäischen Union (EU) sind abgeschlossen. Das Resultat ist deutlich besser als bei früheren Versuchen. Die FDP prüft nun sorgfältig, ob die Vorteile für die Schweizer Bevölkerung und die Unternehmen überwiegen.

Die bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union (EU) sind für die FDP von grosser Bedeutung. Die EU und ihre Mitgliedsländer sind unsere wichtigsten Handelspartner, und wir teilen eine gemeinsame Geschichte und Kultur. Verlässliche und stabile Beziehungen sind ein Schlüsselfaktor für unseren Wohlstand und die Stabilität der Schweizer Wirtschaft.

### Besseres Ergebnis als 2021

Das heute vorgestellte Verhandlungsergebnis übertrifft die Resultate des letzten Anlaufs im Jahr 2021. Das zeigt: Der damalige Abbruch der Verhandlungen war richtig. Diesmal hat der Bundesrat mehr erreicht:

- **Kein Rahmenabkommen:** Stattdessen einzelne Verträge mit der EU, genau wie bei den Bilateralen I und II. Wir entscheiden selber, ob wir nur die bisherigen Bilateralen stabilisieren oder auch neue Verträge wollen – beispielsweise beim Strom.
- **Verbesserte Schutzklausel:** Eine optimierte Schutzklausel schafft offenbar Möglichkeiten, die Zuwanderung mit innenpolitischen Instrumenten besser zu steuern.

- **Mehr Rechtssicherheit:** Die Schweiz kann ein unparteiisches Schiedsgericht anrufen, wenn die EU sich unfair verhält.

### So entscheidet die FDP

Wie jeder Vertrag enthalten auch die neuen Bilateralen Vor- und Nachteile. Die FDP verfährt nach der bewährten Maxime: Trau, schau, wem. Wir jubeln die Verträge weder hoch noch verdammten wir sie. Sicher nicht, bevor wir jede Zeile sorgfältig gelesen und geprüft haben, die der Bundesrat nun vorlegt. Profitieren die Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen – oder überwiegen die Nachteile? Mit anderen Worten: Nützen die neuen Verträge der Schweiz?

Über diese Frage wird unsere Basis an einer Delegiertenversammlung entscheiden. Dazu verpflichtet sich heute die Parteileitung der FDP Schweiz. Und darauf arbeitet eine Gruppe von zwölf Liberalen hin, die ihre Überlegungen mit der Parteibasis teilen werden. Dieses Versprechen – an die FDP, aber auch an die Schweiz – finden Sie auf Seite 15.

### Kein Spielraum beim liberalen Arbeitsmarkt

Fragwürdig ist die Rolle der Gewerkschaften. Sie interessieren sich nicht für den Wohlstand der Bürgerinnen und Bürger, sondern einzig dafür, wie sie auf deren Buckel ihre Kassen füllen. Seit Monaten fordern die Gewerkschaftsbosse Massnahmen, um den liberalen Arbeitsmarkt zu demontieren. Und sie drohen: Wenn ihr uns nicht teuer bezahlt, so sprengen wir die Bilateralen in die Luft. Bei der FDP drohen sie vergeblich. Unsere Partei wird den liberalen Arbeitsmarkt nicht preisgeben.



Bleiben Sie informiert!  
Hier finden Sie unsere  
Medienmitteilungen.

Medienmitteilung der FDP Schweiz vom  
20. Dezember 2024

**FDP**  
Die Liberalen

# NEUE BILATERALE VERTRÄGE: WIE DIE FDP ENTSCHEIDET

Wir, zwölf Mitglieder der FDP, Die Liberalen Schweiz, halten fest:

1. Wir wollen die Freiheit und Souveränität der Schweiz bewahren und über die Geschicke unseres Landes auch in Zukunft selbst entscheiden.
2. Wir wollen den Wohlstand erhalten, den sich unser Land mit Fleiss, Geschick, unter glücklichen Umständen und mit enger wirtschaftlicher Vernetzung erarbeitet hat.

Diese Ziele einen uns. Manchmal verlangen sie Abwägungen. So auch bei den neuen Verträgen mit der EU. Die FDP stand schon immer zum Bilateralen Weg – im Interesse der Schweiz. Stets haben wir die Bilateralen I und II verteidigt.

Offen ist unsere Position zu den neuen Verträgen. Entscheiden darüber werden die Delegierten der FDP. Zur Vorbereitung dieses Entscheids analysieren wir die Verträge und bewerten ihre Vor- und Nachteile gemeinsam, jede und jeder aus der eigenen Perspektive. Auf Bitte der Parteipräsidentenkonferenz übernehmen wir folgende Aufgaben:

- A. Erarbeitung von Vorschlägen, die den Delegierten der FDP unterbreitet werden und die Haltung der FDP zu den Verträgen und deren inländischer Umsetzung definieren.
- B. Vernehmlassung dieser Vorschläge in den Parteigremien, in der eidgenössischen Fraktion und Präsentation der Vorschläge gegenüber den Delegierten.

In unserer Arbeit wie in der öffentlichen Debatte pflegen wir den respektvollen Widerspruch. Wir hinterfragen die Analysen, nicht die Intentionen unserer Mitsreiterinnen und -streiter. Wenn wir einzeln Position beziehen, sprechen wir nie für die ganze Partei.

Als Mitglieder der FDP kämpfen wir alle für liberale Werte: für die Freiheit und den Wohlstand der Bürgerinnen und Bürger. Dafür stehen wir gemeinsam ein.

DAMIEN COTTIER  
Nationalrat NE, Fraktionspräsident

NATHALIE FONTANET  
Regierungsrätin GE, KDK-Vorstandsmitglied

SIMONE GIANINI  
Nationalrat TI

SIMON MICHEL  
Nationalrat SO, Mitglied APK-N

CHRISTELLE LUISIER  
Regierungsrätin VD

PHILIPPE MÜLLER  
Regierungsrat GE

HANS WICKI  
Ständerat NW, Gruppenschef SR

CHRISTIAN WASSERFALLEN  
Nationalrat BE

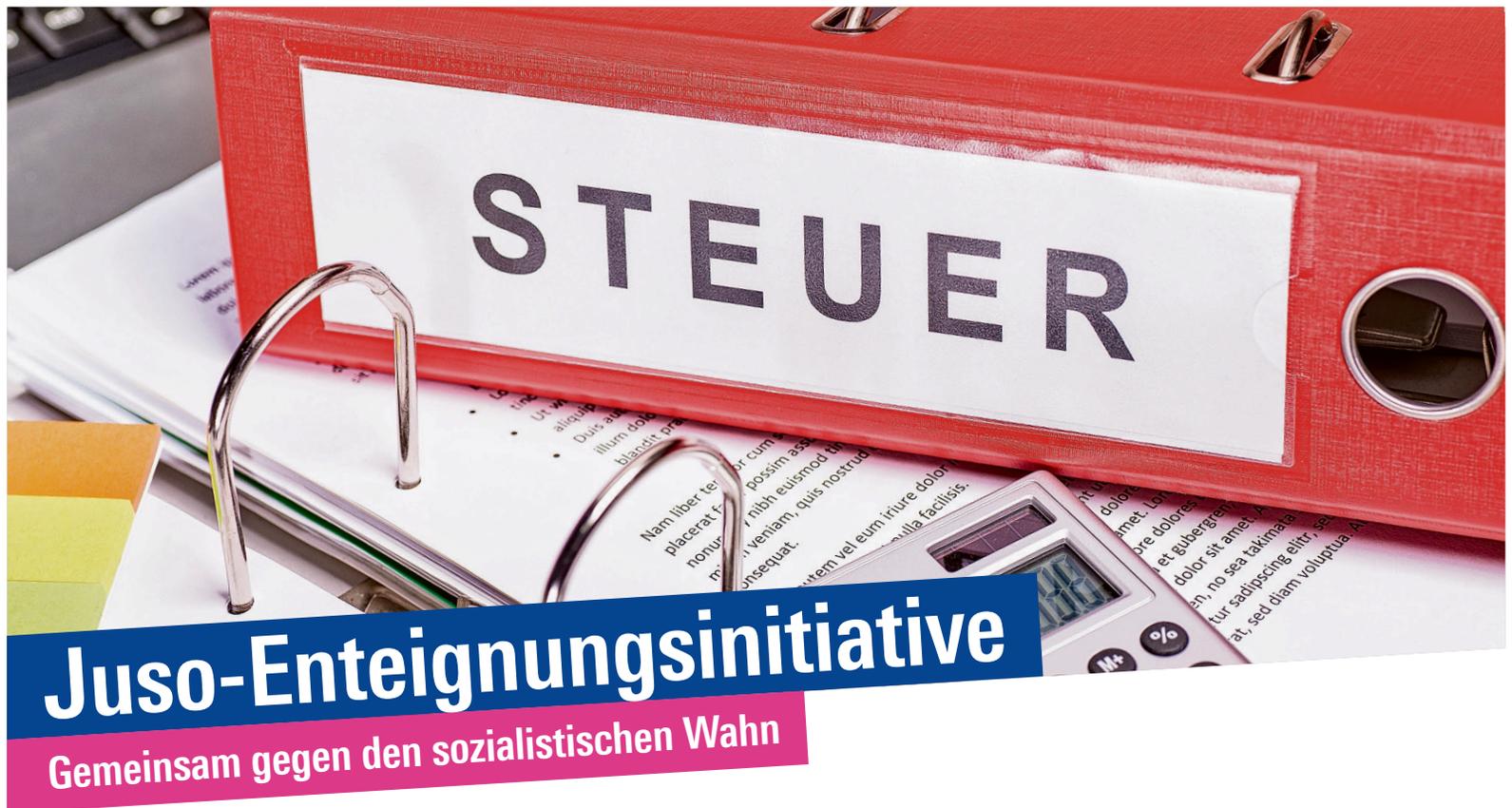
FILIPPO LEUTENEGER  
Kantonspräsident ZH

LAURENT WEHRLI  
Nationalrat VD, Mitglied APK-N

SUSANNE  
VINCENZ-STAUFFACHER  
Nationalrätin SR, Präsidentin FDP Frauen

MATTHIAS MÜLLER  
Vizepräsident ZH und ehem. JF-Präsident

Bild: iStock



SP und Juso blasen zur Treibjagd auf die besten Steuerzahler und wollen dem bereits heute geschröpften Mittelstand zusätzliche Steuern von 3,7 Milliarden pro Jahr aufbürden. Für ihren Traum vom Sozialismus ist den Genossen alles recht: Dass Tausende Arbeitsplätze verschwinden würden, scheint sie nicht zu kümmern.

Die sozialistischen und komplett weltfremden Träumereien der Juso gehören mittlerweile zur politischen Auseinandersetzung wie der Deckel zum Topf. In regelmässigen Abständen lanciert die Jugendabteilung der SP klassenkämpferische Volksinitiativen, die den Genossen Marx mit Stolz erfüllt hätten, von der Schweizer Stimmbewölkerung aber hochkant abgeschmettert werden. Die jüngste Initiative weist allerdings eine neue Qualität auf: Die geeinte SP-Spitze ist im Initiativkomitee vertreten. Damit ist klar: Die Enteignungsinitiative ist brandgefährlich!

## Das fordert die Initiative

Mit der Initiative fordern SP und Juso eine Erbschaftssteuer von 50 Prozent auf Vermögen ab 50 Millionen Franken – ohne Ausnahmen und zusätzlich zu allen kantonalen Einkommens-, Vermögens-, Erbschafts- und Schenkungssteuern. Ausserdem fordert die Initiative, dass die Enteignung unmittelbar ab der Abstimmung gilt – noch bevor sich der Bundesrat und das Parlament mit der Umsetzung auseinandersetzen konnten. Das ist höchst undemokratisch und schafft Rechtsunsicherheiten! Deshalb verdient die Enteignungsinitiative ein klares Nein.

## Kahlschlag im Service Public

Die potenziell von der Initiative betroffenen Personen und Unternehmen leisten heute einen wesentlichen Beitrag zum Steueraufkommen in der Schweiz: Nur 3 Prozent der Unternehmen bezahlen 90 Prozent der direkten Bundessteuer. Und nur 1 Prozent der Steuerzahler bezahlen 44 Prozent der Vermögenssteuern. Verlassen diese aufgrund einer neuen Erbschafts- und Schenkungssteuer die Schweiz, kommt es zu massiven Steuerausfällen. Der Bundesrat rechnet in seiner Botschaft vor: Bei einer Annahme der Enteignungsinitiative kommt es zu Steuerausfällen von bis zu 3,7 Milliarden Franken pro Jahr.

Dieses Geld würde dem Bund, den Kantonen und den Gemeinden schmerzlich fehlen. Diese müssten bei Schulen, öffentlichem Verkehr und Freizeitangeboten sparen. Die sozialistische Initiative von SP und Juso hätte demnach einen Kahlschlag im Service Public zur Folge.

## Steuerhammer für den Mittelstand

Um den Kahlschlag im Service Public zu verhindern, müssten all diejenigen, die jeden Morgen den Wecker stellen und zur Arbeit gehen, die Milliardenausfälle mit höheren Steuern kompensieren.

Der Kanton Aargau rechnete jüngst vor: Die Ausfälle aufgrund der Juso-Enteignungsinitiative könnten «mit einer Erhöhung des ordentlichen Steuerfusses um 1,2 Prozentpunkte[n] kompensiert werden». Eine saftige Rechnung für den Mittelstand!

Damit ist klar: Die perfide Enteignungsinitiative ist nichts anderes als ein Frontalangriff auf den bereits heute stark belasteten arbeitenden Mittelstand und auf die KMU.



**Lukas Aecherli,**  
Leiter digitale Projekte und Campaigner

# Jetzt engagieren!

Kämpfen Sie mit uns gegen die Juso,  
die SP und den Sozialismus

Die FDP lehnt die Enteignungsinitiative der Juso ab und wird sie zum Wohle derjenigen, die selbst für ihren Lebensunterhalt aufkommen und nicht auf Kosten der Allgemeinheit leben wollen, entschieden bekämpfen. Kämpfen Sie mit uns gegen dieses sozialistische Vorhaben. Mit vereinten freisinnigen Kräften werden wir diese Initiative deutlich versenken können.

Komitee beitreten und Enteignungsinitiative bekämpfen:



Hier geht's  
zum Komitee



**WOLLEN WIR EINE SOLCHE SCHWEIZ?  
Jetzt JUSO stoppen!**

# Mein erstes Jahr im Bundeshaus

Zwischen Beruf, Privatleben und Politik

Seit einem Jahr gehören Bettina Balmer, Pascal Broulis und Simone Gianini dem nationalen Parlament an. Die drei FDP-Politiker geben Einblick in ihren neuen Alltag, in die Freuden und Frustrationen in der politischen Arbeit. Sie erzählen von ihren politischen Prioritäten und den prägendsten Momenten ihres ersten Jahres in Bern.



**Nationalrätin  
Bettina Balmer  
ZH**

## Wie organisieren Sie den Spagat zwischen Beruf, Privatleben und Ihrem politischen Engagement auf Bundesebene?

Es gibt noch mehr Politik in meinem Leben. Der neue Arbeitsort in Bern bedeutet, dass ich häufig mit dem Zug unterwegs bin. Beruflich arbeite ich weiterhin zu 50 Prozent als Kinderchirurgin auf einer Notfallstation in Zürich und bin froh, dass sich mein Dienstplan mit meiner politischen Tätigkeit vereinbaren lässt. Die Koordination aller Termine ist manchmal eine echte Herausforderung, aber meine persönliche Mitarbeiterin unterstützt mich tatkräftig dabei, alles unter einen Hut zu bringen.

## Sie sind Mitglied der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur. Welche Prioritäten sehen Sie in diesem Bereich?

Das neue Bildungspapier der FDP Schweiz ist eine wichtige Grundlage, welche die Prioritäten im Bildungsbereich sehr gut zusammenfasst. Die Botschaft für Bildung, Forschung und Innovation sowie die Kulturbotschaft legen die Schwerpunkte für die Jahre 2025 bis 2028 in den entsprechenden Bereichen fest. Ich persönlich finde Bildung und Kunst wichtig, denke aber, dass der Spagat zwischen dem Wünschbaren und dem finanziell Machbaren auch hier eine grosse Herausforderung darstellt. Die Einhaltung der Schuldenbremse ist zentral.

«Das neue Bildungspapier der FDP Schweiz ist eine wichtige Grundlage, welche die Prioritäten im Bildungsbereich sehr gut zusammenfasst.»

## Was war ein besonders eindrückliches Erlebnis in Ihrem ersten Jahr als Nationalrätin?

Ein Höhepunkt war sicher die erste Session: So viele Eindrücke! Die Vereidigung war sehr feierlich und die Bundesratswahlen haben gezeigt, dass man jetzt mittendrin ist. Besonders gefällt mir, dass man als Nationalrätin wirklich etwas bewegen kann. Ich habe dazu beigetragen, dass monoklonale Antikörper gegen RSV, also ein Schutz gegen die häufigen und für Säuglinge und Kleinkinder gefährlichen Atemwegsinfektionen, noch in diesem Winter zur Verfügung stehen. Das erspart viel Leid und durch weniger Krankenhausaufenthalte auch Kosten.



**Gabrielle De Simone,  
Mitarbeiterin Kommunikation**



**Ständerat  
Pascal Broulis  
VD**

### Wie organisieren Sie den Spagat zwischen Beruf, Privatleben und Ihrem politischen Engagement auf Bundesebene?

Wegen der vielen Kommissionssitzungen reise ich oft nach Bern und übernachtete dort. Das verändert meine Gewohnheiten. Das Umfeld im Bundeshaus und die Stadt Bern sind zum Glück sehr angenehm. Dank meiner 20-jährigen Erfahrung in der kantonalen Exekutive kannte ich die Mechanismen der Bundespolitik bereits vor meiner Wahl in den Ständerat. Als Parlamentarier bin ich aber neu ein Akteur der Bundespolitik. Das hat meine Rolle verändert.

### Als Ständerat sind Sie verschiedenen Kommissionen beigetreten, darunter der Finanzkommission. Welche Prioritäten sehen Sie in diesem Bereich?

Wir leben in einer Zeit permanenter Unsicherheit. Militärische, geopolitische und finanzielle Krisen reihen sich aneinander. Als Finanzpolitiker ist es mir wichtig, dass wir unsere Ausgaben im Griff haben.

Damit erhalten wir uns die nötige Handlungsfähigkeit in einem anspruchsvollen Umfeld. Die Schuldenbremse ist deshalb einzuhalten. In ihrem Rahmen muss es uns gelingen, die Sozialwerke – insbesondere die AHV – nachhaltig zu finanzieren, und wir müssen die Armee stärken. Dafür setze ich mich ein. Gleichzeitig dürfen wir nie vergessen, dass die Stärke unseres Landes in seiner Vielfalt und seinem föderalen Zusammenhalt liegt.

### Was war ein besonders eindrückliches Erlebnis in Ihrem ersten Jahr als Ständerat?

Zwei Dinge fallen mir sofort ein: die ausgezeichnete Atmosphäre in der kleinen Kammer und der gegenseitige Respekt unter den Ständeratskolleginnen und -kollegen. Als Waadtländer Ständerat habe ich einen starken Bezug zu den Behörden und Institutionen meines Heimatkantons. Als Kompass für meine Arbeit dienen mir die Werte Freiheit und Verantwortung, die wir als FDP teilen.

«Als Finanzpolitiker ist es mir wichtig, dass wir unsere Ausgaben im Griff haben.»



**Nationalrat  
Simone Gianini  
TI**

### Wie organisieren Sie den Spagat zwischen Beruf, Privatleben und Ihrem politischen Engagement auf Bundesebene?

Vor einem Jahr bin ich als Vizebürgermeister der Stadt Bellinzona ins nationale Parlament eingezogen. Die Arbeit im Bundeshaus erfordert einen Perspektivenwechsel: Weg vom Tagesgeschäft einer lokalen Exekutive, hin zu einer langfristigen Perspektive auf nationaler Ebene. Im Vergleich zu früher bin ich nicht mehr jeden Abend bei meiner Frau und meinen drei Kindern, und ich musste mich neu organisieren, damit ich auch von Bern aus meiner Arbeit als Anwalt nachgehen kann.

### Sie sind Mitglied der Kommission für Rechtsfragen. Welche Prioritäten sehen Sie in diesem Bereich?

Die Rechtskommission ermöglicht einen interdisziplinären Blick auf gesellschaftliche Themen. Als Jurist konnte ich mich sofort in die Arbeit einbringen und wichtige Entscheide mitprägen. Nach dem umstrittenen Urteil zum Klimaschutz beschäftigen wir uns beispielsweise mit dem Verhältnis der Schweiz zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Wir erwarten, dass dieser im Rahmen seiner Kompetenzen handelt, um die bisher hohe Akzeptanz der EMRK in der Schweizer Bevölkerung nicht zu gefährden.

nen Urteil zum Klimaschutz beschäftigen wir uns beispielsweise mit dem Verhältnis der Schweiz zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Wir erwarten, dass dieser im Rahmen seiner Kompetenzen handelt, um die bisher hohe Akzeptanz der EMRK in der Schweizer Bevölkerung nicht zu gefährden.

### Was war ein besonders eindrückliches Erlebnis in Ihrem ersten Jahr als Nationalrat?

Sicherlich der Tag der Vereidigung: feierlich und patriotisch. Aber auch der Moment, als das Plenum zum ersten Mal einen meiner Minderheitsanträge angenommen hat, war etwas Besonderes. In diesem Moment habe ich wirklich gespürt, dass man als Nationalrat den Gesetzgebungsprozess beeinflussen kann. Ich hatte auch das Privileg, die Delegiertenversammlung der FDP Schweiz in Tenero zu moderieren. Es war eine wichtige Gelegenheit, das Engagement der vielen Tessiner Freisinnigen für unsere Partei zu zeigen.

«Ich habe gespürt, dass man als Nationalrat den Gesetzgebungsprozess beeinflussen kann.»

Bild: AdobeStock



Im vergangenen Jahr haben uns die linken und etatistischen Parteien ihre Macht bewiesen: Mit ausgeklügelten Digital-Kampagnen ist es ihnen gelungen, uns Mehrausgaben in Milliardenhöhe aufzudrücken, zentrale Infrastrukturprojekte zu blockieren und überfällige Reformen unserer Sozialwerke zu verhindern.

Über E-Mails, Whatsapp-Nachrichten und Social-Media-Videos erreichten sie die Menschen zielgerichtet und schafften es, ihre Botschaften – auch wenn deren Wahrheitsgehalt teilweise mehr als fragwürdig war – erfolgreich zu platzieren. Mit erheblichen Folgen für das Portemonnaie von uns Bürgerinnen und Bürgern.

Schon lange ist unsere politische Konkurrenz in einen Dauerwahlkampf übergegangen. Sie kämpft nicht nur von Abstimmung zu Abstimmung und

**«Wir brauchen  
schleunigst eine  
durchgängige digitale  
Kampagnen-  
infrastruktur.»**

in den Monaten vor den Wahlen, sondern wiederholt ihre Botschaften tagein, tagaus. Mit immer grösserer Reichweite und – gemessen an den jüngsten Abstimmungsergebnissen – mit zunehmendem Zuspruch.

Höchste Zeit, aus dem Dornröschenschlaf aufzuwachen und dem schleichenden Linksdraft entschlossen und mit Kampfgeist zu begegnen. Denn die Petition «Nein zur Vorsorgesteuer» hat gezeigt: Auch wir können digital mobilisieren. Inert kürzester Zeit konnten wir über 40000 Menschen davon überzeugen, mit uns gegen den Griff des Staates nach den Vorsorgevermögen zu kämpfen.

Auf diesem Erfolg gilt es aufzubauen. Wir brauchenleunigst eine durchgängige digitale Kampagneninfrastruktur, die uns ermöglicht, die erfolgreiche

Petition zu skalieren und die Menschen noch gezielter auf den Themen abzuholen, die ihnen unter den Nägeln brennen.

### Tocco – das digitale Rückgrat der FDP

Die heutige Mitgliederdatenbank der FDP ist überholt. Sie stammt noch aus dem Jahr 2007, ist also älter als das erste iPhone. Einen personalisierten Versand von E-Mails? Fehlanzeige. Betreuung von Spendern? Nicht möglich.

Der Fall ist klar: Wir brauchen eine neue Datenbank!

Die FDP möchte das veraltete Tool so rasch wie möglich mit Tocco, einer bewährten Schweizer Datenbank-Lösung, ersetzen. Dieses zeitgemässe Werkzeug ermöglicht der FDP ein zielgerichtetes Newsletter-Marketing, garantiert ein professionelles Fundraising und steigert die entscheidende Mobilisierung zu Abstimmungen und Wahlen.

Kurzum: Tocco macht uns im digitalen Raum konkurrenzfähig und ist ein entscheidendes Puzzleteil, um die nationalen Wahlen 2027 gewinnen zu können.

«Tocco macht uns im digitalen Raum konkurrenzfähig und ist ein entscheidendes Puzzleteil, um die nationalen Wahlen 2027 gewinnen zu können.»

### Aus dem FDP-Maschinenraum

Die Petition «Nein zur Vorsorgesteuer» hat richtig Spass gemacht! In einer Nachtschicht setzte ich die Infrastruktur auf, damit wir möglichst rasch live gehen konnten. Kurz vor der Veröffentlichung zeigte meine Smartwatch einen Puls an, den ich sonst nur vom Sport her kenne – so aufgeregt war ich. Als dann die Zahl der Unterzeichnerinnen und Unterzeichner im Minutentakt in Hunderterschritten stieg, traute ich meinen Augen nicht. Über 40000 Personen sollten es am Schluss sein. Ein Grosse Erfolg für die FDP!

**Lukas Ächerli,**  
Projektleiter Petition  
«Nein zur Vorsorgesteuer»

### Mit Ihrer Spende für das Projekt TOCCO ermöglichen Sie:

- 50 FRANKEN:  
Datenmigration für 50 Parteimitglieder
- 100 FRANKEN:  
Schulung einer Ortspartei im neuen Tool
- 250 FRANKEN:  
Erstellung einer Briefvorlage (beispielsweise für eine Spendenbestätigung)
- 1000 FRANKEN:  
Programmierung einer neuen Schnittstelle, beispielsweise für den personalisierten Versand des Präsidentenmails



Hier geht's zur  
Donation-Page  
(inkl. Twint).



**Lukas Ächerli,** Projektleiter Petition  
«Nein zur Vorsorgesteuer»

Bild: iStock



Der Kanton Basel-Stadt schwimmt im Geld, während die Steuerbelastung insbesondere beim Mittelstand schweizweit zu den höchsten zählt. Eine groteske Situation, welche nun dank eines innovativen Vorstosses aus dem Kreis der FDP künftig zumindest teilweise entschärft werden kann.

### Die Krux mit der Steuersenkung trotz Einnahmeüberschüssen

Zugegebenermassen hat Basel-Stadt ein Luxusproblem. Der Kanton weist seit Jahren Überschüsse in Millionenhöhe aus. Die Verschuldung konnte dadurch seit Mitte der Nullerjahre erheblich reduziert werden, und selbst die 2019 eingeführte Unternehmenssteuerreform hatte wider Erwarten keinen negativen Effekt auf die Steuereinnahmen, im Gegenteil. 2023 wies der Kanton einen Überschuss von 423 Millionen Franken aus. Die wiederkehrenden Millionenüberschüsse wecken aber verständlicherweise Begehrlichkeiten. Folgerichtig wären zur Eindämmung der Überschüsse Steuersenkungen angebracht, wie sie von bürgerlicher Seite immer wieder gefordert werden. Solche Vorhaben scheitern jedoch in Basel-Stadt am zähen Widerstand der Linken. Diese bevorzugen alternativ chronischen Staatsausbau, verbunden mit Ausgabenerhöhung à gogo. Leidtragend ist und bleibt der steuerzahlende Mittelstand, liegt Basel doch bei der Steuerbelastung im schweizweiten Vergleich immer noch ganz weit hinten.

### Rückerstattung von Überschüssen als möglicher Mittelweg

Was also tun? Eine mögliche Lösung läge eben darin, das Pferd stattdessen von hinten aufzuzäumen. Anstatt weiter den beschwerlichen politischen Weg für Steuersenkungen zu beschreiten, habe ich in einem Essay die Idee der Überschussrückvergütung beschrieben, wie künftig die Steuerzahlenden an den kantonalen Haushaltsüberschüssen teilhaben können. Dabei geht es simpel ausgedrückt um eine Art Dividende, welche der Kanton an die Steuerzahlenden ausrichtet, sofern gewisse Kriterien erfüllt sind.

Avenir Suisse hat den Vorschlag zu Beginn dieses Jahres in der Publikation «Budgetierung ausser Rand und Band» aufgenommen. Der Ansatz zur Rückerstattung von Haushaltsüberschüssen wurde daraufhin sowohl in den Medien wie auch politisch weitherum diskutiert.

### Parlamentsentscheid macht Basel-Stadt zum First Mover

In Basel haben wir den Schwung aus diesem Diskurs im Februar 2024 genutzt und den Vorschlag in Form

einer Motion in den Grossen Rat gebracht. Dabei wurde auch bereits die konkrete Umsetzung formuliert. Diese sieht vor, dass bei vorhandener negativer Nettoverschuldung die kantonalen Überschüsse zu maximal 80 Prozent und proportional zum individuellen Steueraufkommen an die steuerzahlenden Privatpersonen zurückvergütet werden können. Unterstützt wurde der Vorstoss von sämtlichen bürgerlichen Parteien bis hin zur GLP. Jedoch überrascht aber, dass auch die Regierung die Motion entgegennahm und selbst die SP-Fraktion für die Erstüberweisung stimmte.

Nachdem im Oktober auch die Zweitüberweisung erfolgreich vom Grossen Rat verabschiedet worden ist, darf die Regierung um SP-Finanzministerin Tanja Soland nun einen Gesetzesentwurf ausarbeiten. Sie meinte in der Ratsdebatte dazu gar: «Meine Mitarbeitenden hätten sicher Freude daran, eine solche Vorlage auszuarbeiten.»

Es geschehen selbst am Rheinknie hin und wieder noch Zeichen und Wunder.



Christian C. Moesch, Grossrat FDP Basel-Stadt

# Revision des Luftfahrtgesetzes

Schützen wir unseren Wohlstand!

Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklung sowie die zunehmende globale Verflechtung sind die Treiber der internationalen Mobilität. Trotz steigender Passagierzahlen verbleibt die Anzahl der Flugbewegungen konstant. Dennoch stehen die Landesflughäfen unter politischem Druck. Ein Überblick über Nutzen und Herausforderungen.

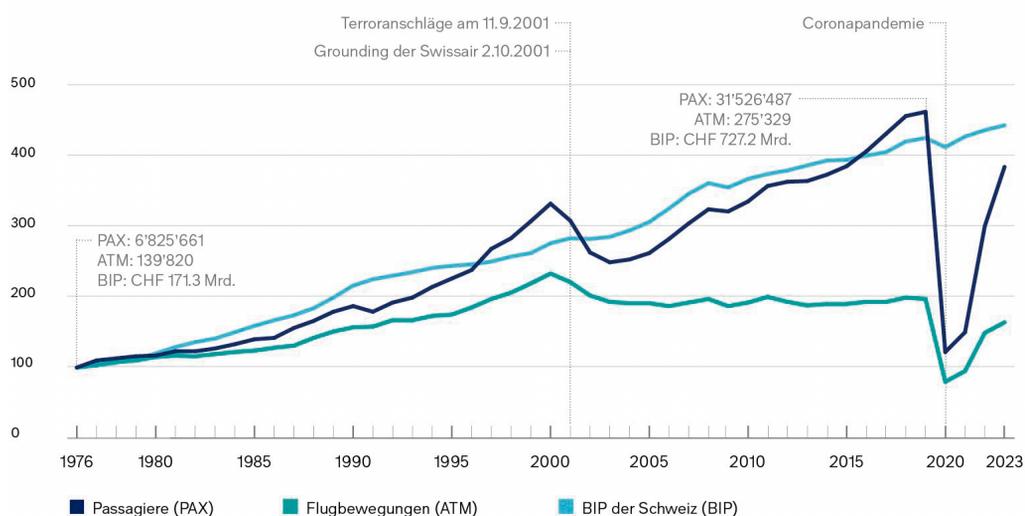
Die Landesflughäfen binden mit rund 60 Millionen Passagieren im Jahr die Schweiz mit der Welt an. Sie sind von elementarer Bedeutung für Tourismus, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft und ermöglichen unseren Wohlstand. Denn die Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklung sowie die zunehmende globale Verflechtung der Schweiz sind und bleiben die Treiber des Bedarfs nach internationaler Mobilität. Das verdeutlicht die Grafik: Die Passagierzahlen am Flughafen Zürich entwickeln sich entlang des BIPs. Bemerkenswert dabei: Die Anzahl Flugbewegungen weisen ein bedeutend flacheres Wachstum auf als die Passagierentwicklung. Der Grund sind grössere Flugzeuge und eine höhere Auslastung, mit welchen der beträchtliche Anstieg des Passagieraufkommens in den letzten beiden Jahrzehnten bewältigt werden konnte.

Die Bedeutung der Landesflughäfen ist auch an einigen Zahlen festzuhalten. 35% der ausländischen Gäste erreichen die Schweiz per Flugzeug und jährlich werden mehr als 50% der wertmässigen Schweizer Exporte per Luftfracht abgefertigt. Der Flughafen Zürich agiert dabei als einziges interkontinentales Luftverkehrs-Drehkreuz und bindet unser Land an die wichtigsten Metropolen der Welt an. Gute Verkehrsanbindungen zählen für die exportorientierte Schweizer Wirtschaft zu den wichtigsten Standortfaktoren überhaupt. 2024 sind über 200 Destinationen in 70 Ländern direkt von Zürich aus erreichbar. Und 44% der europäischen Wirtschaftsstandorte sind dank des Flughafens innerhalb von dreieinhalb Stunden erreichbar, ohne den Flughafen sind es lediglich 11%.

Wohlstand entsteht durch Handel. Und Handel basiert auf funktionierenden Verkehrsrouten. Das war vor 3000 Jahren schon so und gilt heute noch. Nur die Art des Verkehrsmittels und die globale Reichweite haben sich seither verändert. Deshalb ist ein Flughafen heute wichtiger als die geostrategische Lage des Seehafens. Zum Glück für die Schweiz.

Zum Glück auch für den Kanton Zürich. Denn die Flughafenstadt ist mit über 30000 Arbeitsplätzen

## Die Luftfahrt erfüllt das Mobilitätsbedürfnis der Gesellschaft



bei über 300 Unternehmen ein bedeutender Wirtschaftsstandort im Kanton. Mit einer jährlichen Wertschöpfung von über 7 Milliarden Franken trägt das Flughafensystem rund 4,5% des kantonalen BIPs bei – die Einkommensverwendung induziert eine zusätzliche Wertschöpfung von 8,4 Milliarden Franken. Diese wirken sich bis weit in die benachbarten Kantone und die Grenzregion aus. Dazu werden täglich rund 1 Million Franken in die Erneuerung, den Ersatz und die Weiterentwicklung der Infrastruktur investiert.

Der Flughafen Zürich ist ein Wirtschaftsmotor und gemäss Bundesrat «systemrelevant», weil deren Ausfall zu einer massiven oder kompletten Störung des Systems führen würde. Als wichtiger Faktor im nationalen Transport- und Verkehrssystem ermöglicht er die Mobilität von Gütern und Personen, auf die Staat und Bevölkerung angewiesen sind. Um der Rolle des Flughafens Zürich als kritische Verkehrsinfrastruktur gerecht zu werden und seine Funktionsfähigkeit langfristig zu sichern, muss er stärker als solche berücksichtigt sowie geschützt werden. Dazu gehört der

Erhalt der aktuellen Betriebszeiten sowie die Lösung des Widerspruchs zwischen Flugbetrieb und Bevölkerungsentwicklung, damit der Anschluss der Schweiz an die Weltmärkte und damit unser Wohlstand auch in Zukunft sichergestellt sind.



**Andrew Karim,**  
Vorstandsmitglied bei der FDP Winterthur und arbeitet für die Flughafen Zürich AG

# NEIN zur Preisexplosion

Eidg. Abstimmung  
9. Februar 2025

Verarmungs-Initiative

**NEIN!**



~~CHF 4.10.-~~

**13.-**